

Geschäftsstelle des Rates für Integration
und Zuwanderung der Stadt Nürnberg

Amtsperiode 2022 - 2028
12. Sitzung des Rates für Integration
und Zuwanderung der Stadt Nürnberg



31.10.2024

Einladung zur Sitzung des Integrationsrates

Sehr geehrte Damen und Herren,

die nächste Sitzung des Nürnberger Integrationsrates findet

am Dienstag, 05.11.2024 um 17:00 Uhr
im Rathaus, Großer Sitzungssaal (Zi. 204),
Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg

statt. Hierzu lade ich Sie herzlich ein.

Tagesordnung:

– öffentlich –

1. Buchvorstellung „Einwanderung mit Zukunft – Neue Nationsbildung in Deutschland statt Minderheitengesellschaft“
Vortrag: Prof. Dr. Heckmann
2. Beschlussvorlage: Berücksichtigung der Überprüfung von Vereinen auf ihre Verfassungstreue bei der Zuschussvergabe (Beilage 1)
Vortrag: Hr. Choukhlov
3. Beschlussvorlage: Einrichtung Ideenwerkstatt zur Förderung der beruflichen Integration von Zugewanderten in Nürnberg (Beilage 2)
Vortrag: Fr. Lutz

4. Beschlussvorlage: Unterstützung des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg zur Wiederaufnahme in das Förderprogramm „Demokratie leben!“ (Beilagen 3.1, 3.2, 3.3)

Vortrag: Fr. Lutz

5. Wahl des Integrationsrates für die Patientenvertretung am Klinikum Nürnberg, Amtszeit 01.01.2025 – 31.12.2027

Vortrag: Fr. Özen

6. Allgemeine Berichte:

- geschäftsführender Vorstand
- erweiterter Vorstand
- Arbeitsausschüsse
- Beauftragte
- Sachverständige
- AGABY
- Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen

7. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.09.2024

8. Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen



Betül Özen
Vorsitzende des Integrationsrates



**Empfehlung des erweiterten Vorstandes
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung
vom 22.10.2024**

- öffentlich -
- einstimmig angenommen -

Berücksichtigung der Überprüfung von Vereinen auf ihre Verfassungstreue bei der Zuschussvergabe

Antragsteller: Ilia Choukhlov

Konkret sollen zukünftig folgende Punkte bei der Zuschussvergabe berücksichtigt werden:

1. Überprüfung durch den Verfassungsschutz:

Vor der Vergabe von Zuschüssen sollte eine Überprüfung stattfinden; zumindest sollten Erwähnung im Verfassungsschutzbericht Berücksichtigung finden.

2. Selbstverpflichtungserklärung:

Antragstellende Vereine und Organisationen sollten verpflichtend eine Erklärung dazu abgeben, dass sie die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung respektieren und keine extremistischen oder verfassungswidrigen Ziele verfolgen.

3. Transparenz der Fördermittelverwendung:

Es sollte sichergestellt werden, dass die Verwendung der öffentlichen Mittel den Zielen der Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts dient und nicht zur Unterstützung von extremistischen oder verfassungsfeindlichen Strukturen missbraucht wird.

Begründung:

Es wird beantragt, dass im Rahmen der Zuschussvergabe des Rates für Integration und Zuwanderung der Stadt Nürnberg zukünftig bei der Vergabe von Zuschüssen eine umfassende Überprüfung der Verfassungstreue der antragstellenden Vereine und Organisationen durchgeführt wird.

Ziel ist es, sicherzustellen, dass nur jene Vereine und Organisationen öffentliche Mittel erhalten, die uneingeschränkt auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen und die Werte der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland vertreten.

Wir sind der Überzeugung, dass eine solche Prüfung notwendig ist, um Missbrauch von Fördermitteln zu verhindern und die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft zu schützen.

Nürnberg, 22.10.2024

Die Vorsitzende

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Betül. Özen', written in a cursive style.

Betül Özen

Schriftführerin

gez. Silvia Kugler

**Empfehlung des erweiterten Vorstandes
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung
vom 22.10.2024**

- öffentlich -
- einstimmig angenommen -

Einrichtung einer Ideenwerkstatt zur Förderung der beruflichen Integration von Zugewanderten in Nürnberg, regelmäßiger Austausch mit dem Oberbürgermeister und Ergebnisbericht der „Aktionstage Weiterbildung: Schritte in den Beruf“

Antragsteller: Diana Lutz

Als Mitglied des erweiterten Vorstandes des Integrationsrates Nürnberg und seines Ausschusses "Arbeit und Beruf" beantrage ich die Einrichtung einer "Ideenwerkstatt" zur Förderung der beruflichen Integration von Zugewanderten in Nürnberg. Ziel dieser Ideenwerkstatt ist es, in einem regelmäßigen Format gemeinsam mit relevanten Akteuren innovative Ansätze und Projekte zur Unterstützung von Menschen mit Migrations- Fluchtgeschichte bei ihrer beruflichen Integration zu entwickeln und umzusetzen.

Zudem beantrage ich einen regelmäßigen Austausch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg über die Ergebnisse der Ideenwerkstatt. Dieser Austausch soll sicherstellen, dass die erarbeiteten Ansätze und Maßnahmen zur beruflichen Integration auf höchster Ebene unterstützt und in die städtischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Darüber hinaus beantrage ich die Erstellung eines Ergebnisberichts zu den „Aktionstagen Weiterbildung: Schritte in den Beruf“. Diese Aktionstage sind eine wichtige Maßnahme, die auf Anregung und mit Unterstützung des Integrationsrates in Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat und weiteren Partnern erfolgreich durchgeführt wurde. Ein detaillierter Bericht über die erzielten Ergebnisse, die Teilnehmerstruktur und die nächsten Schritte ist notwendig, um die Wirkung der Maßnahme zu bewerten und gegebenenfalls auf dieser Grundlage weitere Maßnahmen zu planen.

Begründung:

Zielsetzung der Ideenwerkstatt:

Die berufliche Integration von Zugewanderten ist ein zentrales Thema für die erfolgreiche Eingliederung in die Gesellschaft. Bereits in der Vergangenheit habe ich im Ausschuss "Arbeit und Beruf" erfolgreich die Maßnahme der individuellen Berufsberatungen während der Deutschsprachkurse ab Niveau B1 beantragt, die seither erfolgreich umgesetzt wird. Die „Ideenwerkstatt“ soll nun einen Raum schaffen, um weitere innovative Ansätze zu entwickeln und bestehende Maßnahmen auszubauen.

Teilnehmende und Partner der Ideenwerkstatt:

Die „Ideenwerkstatt“ soll regelmäßig Vertreterinnen und Vertreter folgender Gruppen zusammenbringen:

- Mitglieder des Integrationsrates der Stadt Nürnberg
- Repräsentanten des Sozialreferats der Stadt Nürnberg
- Akteure aus der Wirtschaft, wie die NOA GmbH und andere relevante Unternehmen
- Vertreter der Agentur für Arbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Institutionen
- Migrantinnen und Migranten sowie deren Selbstorganisationen
- Vertreter der Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen
- Weitere Stakeholder, die an der beruflichen Integration beteiligt sind

Inhaltliche Schwerpunkte der Ideenwerkstatt:

- Entwicklung und Implementierung neuer Ansätze zur beruflichen Beratung und Betreuung von Zugewanderten
- Förderung von Kooperationen zwischen Unternehmen und Migrantinnen und Migranten, z.B. durch Mentoring-Programme, Arbeitgeberbörsen oder Praktika
- Stärkung der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung von Zugewanderten durch gezielte Maßnahmen
- Regelmäßiger Austausch über Herausforderungen und Best Practices bei der beruflichen Integration

Regelmäßiger Austausch mit dem Oberbürgermeister:

Um die Relevanz der Arbeit der Ideenwerkstatt zu unterstreichen und sicherzustellen, dass die erarbeiteten Maßnahmen auf höchster städtischer Ebene berücksichtigt werden, beantrage ich zudem einen regelmäßigen Austausch mit dem Oberbürgermeister. Dieser Austausch könnte beispielsweise halbjährlich erfolgen, wobei die Ergebnisse und Fortschritte der Ideenwerkstatt sowie konkrete Empfehlungen für die Stadtpolitik besprochen werden sollen. Die Einbindung des Oberbürgermeisters ist entscheidend, um städtische Ressourcen gezielt einzusetzen und die berufliche Integration nachhaltig zu unterstützen.

Ergebnisbericht der „Aktionstage Weiterbildung: Schritte in den Beruf“:

Zusätzlich wird ein detaillierter Ergebnisbericht zu den „Aktionstagen Weiterbildung: Schritte in den Beruf“ beantragt, der Folgendes umfassen sollte:

- Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer
- Beratende Organisationen

- Berufsgruppen und Branchen, in denen die Beratung erfolgt ist
- Erfolge der Maßnahme, z.B. in Form von Arbeitsvermittlungen oder Ausbildungsplatzvergaben
- Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der beteiligten Partner
- Vorschläge für eine Weiterführung oder Ausweitung der Aktionstage

Vorgehensweise:

- Die Ideenwerkstatt soll in regelmäßigen Abständen, z.B. halbjährlich, stattfinden.
- Es sollen jeweils spezifische Schwerpunktthemen bearbeitet werden, um gezielte Ergebnisse zu erzielen.
- Ergebnisse der Ideenwerkstatt sollen dem Ausschuss „Arbeit und Beruf“ sowie dem Sozialreferat vorgestellt werden, um diese in die städtischen Programme zu integrieren.
- Der Ergebnisbericht zu den „Aktionstagen Weiterbildung: Schritte in den Beruf“ soll dem Integrationsrat und dem Ausschuss „Arbeit und Beruf“ präsentiert und zur weiteren Evaluation herangezogen werden.
- Der regelmäßige Austausch mit dem Oberbürgermeister soll ebenfalls in halbjährlichen Terminen stattfinden, um die Ergebnisse der Ideenwerkstatt zu besprechen und strategische Entscheidungen zu unterstützen.

Fazit:

Die Einrichtung einer „Ideenwerkstatt“ bietet die Möglichkeit, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren in der beruflichen Integration weiter zu intensivieren und innovative Lösungen zu entwickeln. Durch die Einbindung von Expertise aus Wirtschaft, Verwaltung und den Zielgruppen selbst können praxisnahe und wirksame Maßnahmen entstehen, die die berufliche Integration der Zugewanderten in Nürnberg nachhaltig unterstützen.

Zusätzlich ermöglicht der Ergebnisbericht der „Aktionstage Weiterbildung: Schritte in den Beruf“ eine umfassende Evaluation der bisherigen Erfolge und schafft die Grundlage für mögliche Folgeprojekte.

Der regelmäßige Austausch mit dem Oberbürgermeister stellt sicher, dass die erarbeiteten Maßnahmen auf höchster Ebene unterstützt werden und ihre Wirkung optimal entfalten können.

Ich bitte den Integrationsrat, diesem Antrag zuzustimmen und die Einrichtung der Ideenwerkstatt, die Erstellung des Ergebnisberichts sowie den regelmäßigen Austausch mit dem Oberbürgermeister zu beauftragen.

Nürnberg, 22.10.2024

Die Vorsitzende

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Betül. Özen', written in a cursive style.

Betül Özen

Schriftführerin

gez. Silvia Kugler

**Empfehlung des erweiterten Vorstandes
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung
vom 22.10.2024**

- öffentlich -
- einstimmig angenommen -

Unterstützung des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg zur Wiederaufnahme in das Förderprogramm „Demokratie leben!“

Antragsteller: Diana Lutz

Der Integrationsrat der Stadt Nürnberg fordert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf, die Entscheidung zur Ablehnung der Stadt Nürnberg für die neue Förderperiode des Programms „Demokratie leben!“ ab 2025 zu revidieren und die Stadt Nürnberg wieder in das Förderprogramm aufzunehmen. Der Integrationsrat soll hierzu in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) eine offizielle Stellungnahme an das Ministerium verfassen und diese als dringendes Anliegen vorbringen.

Begründung:

Die Stadt Nürnberg hat seit 2016 erfolgreich am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teilgenommen und war bereits zuvor Partnerin im Vorläuferprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. In dieser Zeit wurden zahlreiche wertvolle Projekte und Initiativen zur Förderung der Demokratie, zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zur Bekämpfung von Extremismus und Diskriminierung umgesetzt. Diese Maßnahmen sind für Nürnberg, eine Stadt des Friedens und der Menschenrechte, von essenzieller Bedeutung.

Die Antragstellerin hat als vom Integrationsrat bestimmtes Mitglied des Begleitausschusses von „Demokratie leben!“ gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen hervorragende Projekte gesehen und bewilligt, die das Demokratieverständnis in unserer vielfältigen Stadt gefördert haben. Besonders hervorzuheben sind die begleitenden Bildungsmaßnahmen, die den Bürgerinnen und Bürgern demokratische Werte nahegebracht und die Zivilgesellschaft gestärkt haben. Diese Initiativen sind unverzichtbar für die nachhaltige Stärkung der Demokratie in Nürnberg.

Die Entscheidung des BMFSFJ, die Stadt Nürnberg nicht für die neue Förderperiode des Programms „Demokratie leben!“ ab 2025 zu berücksichtigen, stellt einen schweren Rückschlag für die Demokratiearbeit in der Stadt dar. Wie in dem Vermerk von Frau Martina Mittenhuber, Leiterin des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg, ausgeführt, werden durch diese Entscheidung gewachsene Strukturen und Projekte gefährdet, die auf die finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Frau Mittenhuber

betont, dass die Umsetzung beider Programme, „Demokratie leben!“ und dessen Vorläuferprogramm, überaus erfolgreich verlief und ein starkes Netzwerk engagierter Akteure in der Zivilgesellschaft aufgebaut wurde. Der Wegfall der Förderung führt zu einer Auflösung dieser Strukturen, was auch in der Zivilgesellschaft auf Unverständnis stößt.

Die Absage des BMFSFJ (siehe Anlage) lautet:

“Aufgrund der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel besteht leider keine Möglichkeit, alle interessierten Träger mit ihrer Projektidee zu fördern. [...] Wir bedauern, Ihnen keine positive Mitteilung geben zu können und danken Ihnen für Ihre Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren.”

Diese pauschale Absage gefährdet zahlreiche Projekte, die von Vereinen, Schulen, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Initiativen getragen werden. In einer Stadt, die in der Vergangenheit mit gesellschaftlichen Herausforderungen wie den NSU-Morden und rechtsextremer Agitation konfrontiert war, sind solche Programme zur Stärkung der Demokratie und des Zusammenhalts wichtiger denn je. Zudem verlangt die aktuelle weltpolitische Lage – darunter der Krieg in der Ukraine und die Entwicklungen im Nahen Osten – neue Maßnahmen zur Prävention von Polarisierung und Radikalisierung.

Es ist daher von größter Bedeutung, dass der Integrationsrat in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsbüro und AGABY eine Stellungnahme an das BMFSFJ verfasst, um die Wiederaufnahme Nürnbergs in das Programm „Demokratie leben!“ zu erwirken. Dies ist entscheidend, um die Kontinuität der Demokratiearbeit in unserer Stadt zu sichern und weiterhin innovative Bildungsprojekte zur Förderung des Demokratieverständnisses in der vielfältigen Nürnberger Stadtgesellschaft zu ermöglichen.

Anlagen:

1. Absage des BMFSFJ vom 11. Oktober 2024
2. Vermerk von Frau Martina Mittenhuber, Leiterin des Menschenrechtsbüros der Stadt

Nürnberg, 22.10.2024

Die Vorsitzende



Betül Özen

Schriftführerin

gez. Silvia Kugler

Absage des BMFSFJ vom 11. Oktober 2024:

Guten Tag,

vielen Dank für Ihre Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren zur Auswahl von Projekten im Programmbereich Partnerschaft für Demokratie des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und für Ihr Engagement, mit dem Sie unsere demokratische Zivilgesellschaft stärken und sich konsequent für Demokratie und Vielfalt sowie gegen Menschenfeindlichkeit und jede Form von Extremismus einsetzen. Alle eingegangenen Interessenbekundungen wurden formell geprüft und bei Eignung im Rahmen einer sachlichen Prüfung unter Beteiligung externer Expertinnen und Experten nach einem standardisierten Prüfkonzert begutachtet.

Aufgrund der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel besteht leider keine Möglichkeit, alle interessierten Träger mit ihrer Projektidee zu fördern. Nach sorgfältiger Prüfung und Bewertung aller eingereichten Interessenbekundungen müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass sich Ihre Projektidee nicht durchsetzen konnte und gemäß Entscheidung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend keine Aufforderung zur Antragstellung erfolgt.

Angesichts der hohen Anzahl an eingereichten Interessenbekundungen bitten wir bereits jetzt um Ihr Verständnis, dass weder das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend noch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben konkrete Auskünfte oder Erläuterungen über die jeweiligen Entscheidungsgründe im Einzelfall geben können.

Wir bedauern, Ihnen keine positive Mitteilung geben zu können und danken Ihnen für Ihre Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren. Für Ihre weitere Arbeit wünschen wir Ihnen viel Erfolg.

Ihre Regiestelle "Demokratie leben!" - Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA)

Vermerk zur Ablehnung der Interessensbekundung der Stadt Nürnberg für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der neuen Förderperiode ab 2025 durch das BMFSFJ

Mit Überraschung und Unverständnis haben wir am 11.10.2024 durch eine Sammelmail des BMFSFJ (siehe Anlage) erfahren, dass die Interessensbekundung der Stadt Nürnberg, auch in der neuen Förderperiode ab 2025 als Partnerschaft für Demokratie am o.g. Bundesprogramm teilzunehmen, nicht berücksichtigt wurde und wir demnach keinen Förderantrag stellen können.

Zum Hintergrund

Die Stadt Nürnberg hat nicht nur am Programm Demokratie leben! seit 2016 teilgenommen, sie war bereits davor fünf Jahre lang Projektpartnerin im Vorläuferprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“.

Die Umsetzung beider Programme verlief in Nürnberg überaus erfolgreich: In einer Stadt, die von Superdiversität geprägt ist, die allerdings auch mit vielen Problemlagen in Bezug auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt (NSU-Morde, rechtsextreme Agitation in Stadt und Umland) konfrontiert war und ist, konnte dank der Mittel aus dem Bundesprogramm ein enges Netzwerk engagierter Strukturen gebildet werden. Von groß angelegten Projekten bis hin zu Mikroprojekten aus der Graswurzelzene wurde Zivilgesellschaft motiviert und aktiviert, sich mit den Themen, Demokratie, Diskriminierungsschutz und Immunisierung gegen Extremismus auseinanderzusetzen. Die Demokratietarbeit von Vereinen und Initiativen, von Schulen und Verbänden konnte gestärkt werden. Viele der geförderten Projekte konnten dank der Anschubfinanzierung durch das Programm verstetigt werden und stehen zwischenzeitlich auf eigenen Füßen, neue Projekte konnten entwickelt werden und brauchen weiterhin Unterstützung. Zudem verlangt die gesamtgesellschaftliche Entwicklung (Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten etc.) stets nach neuen Formaten zur Stabilisierung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zur Verhinderung von Polarisierung und Radikalisierung.

Viele der gewachsenen Strukturen werden sich nun auflösen, das Unverständnis auch der engagierten Zivilgesellschaft ist riesig, weil dies als Schlag ins Gesicht empfunden wird und die stetigen Rufe der Politik nach bürgerschaftlichem Engagement und Einsatz für die Demokratie konterkariert werden, indem genau diesen die finanzielle Grundlage entzogen wird.

Den Aussagen der Ministerin, die mit dem Vorstoß zu einem Demokratiefördergesetz genau dies verhindern wollte, widerspricht das in eklatanter Weise.

Zum Prozess

BMFSFJ resp. das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (Bafza) riefen im Mai 2024 zur Interessensbekundung auf, mit einer Frist von weniger als vier Wochen (22.5. – 19.6.2024). Mündlich war uns von Seiten des Bafza signalisiert worden, dass Kommunen, die bisher erfolgreich am Programm teilgenommen hatte, auch künftig mit einer Förderung rechnen könnten.

Die Absage erreichte uns nun am 11.10.24, also etwa 10 Wochen vor Jahresende. Für die Mitarbeiterinnen in der Koordinierungsstelle bedeutet dies, dass sie ihren Arbeitsplatz zum Jahresende verlieren, kaum Zeit haben, sich nach Alternativen umzusehen.

Umgekehrt aber hätte eine anderweitige Arbeitsaufnahme dazu geführt, dass bei einer Weiterführung des Programms die Koordinierungsstelle extrem kurzfristig zu besetzen gewesen wäre. Mit Planungssicherheit hat dies nichts zu tun.

Dass die Absage dann schließlich mit einer Sammelmail ohne jeglichen persönlichen Bezug verschickt wurde und gleichzeitig jeglicher Rückfrage eine Absage erteilt wurde, ist ein Zeichen geringer Wertschätzung für alle, die in den vergangenen Jahren mit Herzblut und Engagement am Bundes Programm mitgewirkt haben.

gez.

Martina Mittenhuber
Leiterin

Stadt Nürnberg
Bürgermeisteramt
Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Gleichstellungsstelle
Fünferplatz 1, 2. Stock, Zi. 211, 90403 Nürnberg

Telefon +49 (0)9 11 / 2 31-5006
E-Mail martina.mittenhuber@stadt.nuernberg.de
Internet www.menschenrechte.nuernberg.de